

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 20. Juni 2023  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

### **A 961 Anfrage Setz Isenegger Melanie und Mit. über die Umsetzung der Empfehlungen und Massnahmen aus der Gefährdungs- und Risikoanalyse Phase II / Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Melanie Setz Isenegger ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Melanie Setz Isenegger: Ich bin mit der Antwort nur teilweise zufrieden. Erstens wird von einer jährlichen Evaluation gesprochen. Die Links in der Antwort führen aber auf den bereits bekannten Bericht aus dem Jahr 2020. Da frage ich mich, wo die Daten zu den Evaluationen zu finden sind. Zweitens ist die Energiemangellage ein sehr komplexes Szenario, was nicht sonderlich erstaunt. Die entsprechenden Stellen sind daran, Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Da die Antwort von Ende Dezember 2022 ist, hoffe ich, dass man diesbezüglich etwas weitergekommen ist. Drittens werden die Gemeinden scheinbar geschult und erhalten einen Musterleitfaden. Leider wird in der Antwort nicht erwähnt, ob die Anforderungen, das heisst die Unterstützung durch den Kanton einerseits und die Übernahme der Verantwortung von den Gemeinden andererseits, eingehalten werden oder nicht. Das ist schade. Viertens: Anstatt die Frage 7 zu beantworten, ob genügend Ressourcen vorhanden sind, wird erwähnt, dass es ab 2024 150 Stellenprozent mehr geben wird. Auch bei anderen Anfragen oder Nachfragen in Kommissionen sind wir dankbar um eine konkrete Einschätzung. Ansonsten erlauben Sie mir eine Interpretation: Offenbar sind es aktuell zu wenig Ressourcen. Fünftens ist der versprochene Risikodialog mit den verschiedenen Entscheidungsträgern bereits geplant, oder hat er allenfalls bereits stattgefunden? Da die Antwort der Regierung aus dem letzten Jahr stammt, wäre ich froh um Aufklärung.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Sie wissen sicher, dass jede Unternehmung jährlich eine Risikoanalyse über die unternehmensspezifischen Risiken durchführt. Das ist Pflicht. Der Kanton und der Bund führen je eine Risikobetrachtung für das staatliche Gebilde durch. Vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz gibt es ein Konzept, wie man einen solchen Katastrophenvorsorgeplan (Kataplan) systematisch aufbaut. Zuerst wird eine Analyse gemacht, danach eine Mängelanalyse, dann folgen Massnahmen zur Vorsorgeplanung. Dieser Kataplan wird laufend aktualisiert. Zur speziellen Thematik der Gefährdung und Risikoanalyse, insbesondere von Naturgefahren, gibt es auf der Internetseite des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes eine Information über den Umgang mit Risiken aus Naturgefahren mit einem Aktionsplan vom Bundesrat. Beim kantonalen Führungsstab gibt es ebenfalls eine Informationsplattform über das Massnahmenprogramm 2024 zum Schutz vor Naturgefahren. Selbstverständlich braucht es auch eine Aktualisierung. Wir müssen dafür besorgt sein, dass die Gemeinden ihre Aufgaben wahrnehmen können. Deshalb hat die Regierung beschlossen – das wird im kommenden Aufgaben- und Finanzplan (AFP) auch so empfohlen –, dass man

eine Abteilung Bevölkerungsschutz mit zusätzlichen Ressourcen aufbaut, um eben genau diesen Kataplan zu aktualisieren, die Massnahmen zu koordinieren, die Defizite zu beheben und neu auch die Gemeinden in den Gemeindeführungsstäben zu schulen und auszubilden. Die Lehren aus diesen Krisen haben wir durchaus gezogen, und wir werden die Ressourcen entsprechend bündeln und mehr Ressourcen aufbringen. Wir sind besonders erfreut, dass es uns gelungen ist, Rolf Born ab dem 1. Januar 2024 als neuen Stabschef des kantonalen Führungsstabes zu gewinnen.